

PRESSEMITTEILUNG
Braunschweig, 13. März 2026

Mieterbündnis kritisiert Standardantwort der Stadt – Offener Brief offenbar nicht persönlich vom OB gelesen

Das Mieterbündnis Braunschweig zeigt sich entsetzt über das Antwortschreiben von Stadtbaurat Gerold Leppa auf den Offenen Brief des Bündnisses zur Mietpreisbremse und zu den steigenden Wohnkosten in Braunschweig.

„Dieses Schreiben ist nichts anderes als Phrasendrescherei und wiederholt bereits bekannte Verwaltungspositionen, ohne auf die von uns vorgeschlagenen Lösungen einzugehen“, kritisiert Jost Messerschmidt, Sprecher des Mieterbündnisses. „Es wirkt, als sei unser Offener Brief von Herrn Oberbürgermeister Kornblums Sekretariat lediglich an Herrn Leppa weitergereicht worden – ohne dass er ihn selbst gelesen hat. Das ist ein Schlag ins Gesicht der Mieterinnen und Mieter der Stadt.“

Besonders empört zeigt sich das Mieterbündnis über die pauschale Ablehnung eines kommunalen Betriebskostenspiegels. „Die Stadt beruft sich auf einen landesweiten DMB-Spiegel – aber Braunschweig ist eine kreisfreie Großstadt. Die lokalen Kosten unterscheiden sich erheblich von ländlichen Regionen. Hier entsteht durch die Haltung der Verwaltung Transparenzverlust und ein realitätsferner Umgang mit Wohnkosten“, so Messerschmidt weiter.

Das Bündnis sieht die fortgesetzte Verweigerung aktiver Kontrolle als politisches und soziales Problem. „Es entsteht der Eindruck, dass die Stadt Verantwortung auf die Bürgerinnen und Bürger und die Interessenverbände abschiebt, statt sich der sozialen Realität zu stellen“, heißt es in einer Stellungnahme.

Das Mieterbündnis fordert weiterhin:

- Eine persönliche und inhaltliche Befassung durch den Oberbürgermeister
- Neubewertung der bisherigen Verwaltungspraxis
- Einführung eines kommunalen Betriebskostenspiegels
- Einrichtung eines Runden Tisches mit Politik, Wohnungswirtschaft und Mietern
- Klare politische Positionierung zur aktiven Durchsetzung der Mietpreisbremse

Mit Blick auf die bevorstehenden Kommunalwahlen im September betont das Bündnis: „Wohnungspolitik wird zur Wahlfrage. Die Bürgerinnen und Bürger erwarten Antworten – keine Standardbriefe.“

Kontakt:
Mieterbündnis Braunschweig
Jost Messerschmidt, Sprecher